

Ulrich Petschow/Eugen Pissarskoi

Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel

Zwischen ökologischer Industriepolitik, Abkehr vom Wachstum und der Abdiskontierung von Zukünften: Klimadiskurse haben in den vergangenen Jahren eine Blüte erlebt und es ist nicht absehbar, dass sich dies in der mittleren Perspektive ändern wird. Aus ökologischer Sicht erweist sich der Klimadiskurs weiterhin als zentral, auch wenn die sog. Klimaskeptiker gegenwärtig die Diskussion dominieren.

Eng mit dem Klimadiskurs verbunden ist die Diskussion um das Wirtschaftswachstum. Auf der einen Seite wird der Beitrag des Wirtschaftswachstums zur Umwelt- und Klimaproblematik kontrovers diskutiert. Auf der anderen Seite stellen sich etablierte Akteure mittlerweile die Frage nach der Relevanz zentraler (Wachstums-)Indikatoren (Inlandsprodukt). Sarkozy hat zu der Frage eine Kommission eingesetzt, Merkel hat dem Thema immerhin eine ihrer wöchentlichen Videobotschaften gewidmet.

Eng mit den ökologischen Wachstumdiskursen verbunden sind die Fragen der wirtschaftlichen Krise, die, so aktuelle Einschätzungen, fast überwunden sei, die aber jederzeit und sehr plötzlich wieder auf der Agenda stehen kann.

Waren im Zusammenhang mit den Konjunkturprogrammen noch Überlegungen vorhanden, die Umwelt- bzw. Klimakrise mit der Wirtschaftskrise gemeinsam zu betrachten und die Nachhaltigkeits- bzw. Umbauidee (*New Green Deal*) auch als Hebel für die Überwindung der Wirtschaftskrise zu nutzen, so ist davon mittlerweile kaum mehr etwas wahrzunehmen. Der Handlungsdruck scheint zumindest kurzfristig abgenommen zu haben. Zugleich nimmt auch der Handlungsdruck anscheinend klimaseitig ab, indem einerseits versucht wird, die wissenschaftliche Seriosität des IPCC in Frage zu stellen, und zum anderen sich Ökonomen zu Wort melden, die die von Lord Stern (*Stern Report*) angefachte Debatte zu den ökonomischen Gründen des schnellen und tiefgreifenden Handelns relativieren.



Ulrich Petschow

(* 1952) leitet am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung das Forschungsfeld Umweltökonomie und -politik.

ulrich.petschow@ioew.de



Eugen Pissarskoi

(* 1979) ist Mitarbeiter des IÖW und Stipendiat der Böckler-Stiftung. Er befasst sich mit dem Klimawandel aus ökonomischer und philosophischer Sicht.

eugen.pissarskoi@ioew.de

In der Folge sollen aus der vielschichtigen Debatte zwei Diskussionsstränge exemplarisch herausgegriffen werden. Zum einen die Debatte um die Zugänge zu einer nachhaltigen Entwicklung, und zum anderen die um den ökonomischen Diskurs bzgl. des Klimawandels.

Optimisten und Pessimisten

Ein zentrales Nachhaltigkeitsproblem stellt der Klimawandel dar, der zu weitreichenden sozio-ökonomischen Konsequenzen führen wird (mehr oder weniger gleich, ob man mindert oder anpasst). Die optimistische Variante geht davon aus, dass es im Grundsatz unglaublich große Wachstumchancen gibt, da ein ökologischer Umbau (ein Wort aus den 80ern) ansteht. Aus die-

ser Sicht liegt das zentrale Problem im Ausstoß von Treibhausgasen. Entsprechend liegt das Ziel in einer *low carbon society*. Die Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen so zu stellen, dass ein entsprechender Pfadwechsel stattfinden kann. Damit stehen das Ziel und der Pfadwechsel im Vordergrund, Wachstumsfragen sind dabei eher ausgeblendet und werden als irrelevant angesehen.

Die Wachstumskritik argumentiert hingegen, dass das zentrale Übel der Wachstumszwang ist. Gerade dieser führt zu Umweltbeeinträchtigungen. Die zuvor geäußerte Idee, die Umbauchancen für eine *low carbon society* zu nutzen, geht grundsätzlich fehl, da einerseits nicht zu erwarten ist, dass das Ziel erreicht werden kann, und selbst wenn es erreicht würde, letztlich Risikotechnologien zum Einsatz kommen. Und/oder der *rebound effect* wird wirksam, indem Einsparungen an der einen Stelle durch Zuwächse an einer anderen Stelle überkompensiert werden.

Die beiden Ansätze sind typisierend zu verstehen, vermutlich gibt es eine Reihe

von Überlappungen. Es ergeben sich jedoch weitreichende Differenzen hinsichtlich der Strategien.

Die beiden Pfade können typisiert wie folgt bezeichnet werden:

- als »Ökologische Industriepolitik«, bei der die bestehenden Interessen letztlich gewahrt bleiben. Motto: Die Verursacher zu Problemlösern zu machen, wie im Bereich Energie zunehmend deutlich wird (Transformationsprozess: im Wesentlichen ein technologischer Pfadwechsel; Modernisierungsoptimisten).

- als Prozess sozial-ökologischen Wandels, der insbesondere auch die Wachstums- und Verteilungsfragen stellt, für den aber kaum Vorbilder existieren (technologischer und sozialer Pfadwechsel; Modernisierungspessimisten).

Die Vertreter der ökologischen Industriepolitik machen durchaus deutlich, dass erhebliche Herausforderungen bestehen, dass diese angenommen werden können, indem u.a. neue technologische Potenziale genutzt werden (Nanotechnologien, weiße Biotechnologien, synthetische Biologie), die einen Beitrag zur ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und zugleich einen Beitrag zur Emissionsreduktion und damit zur nachhaltigen Entwicklung leisten können. Die Frage des Wirtschaftswachstums oder auch der Veränderungen der Konsumgewohnheiten stellt sich nach diesem Ansatz nicht direkt. Es geht vorrangig um die *low carbon society*, die erhebliche Wachstumschancen bietet. Wirtschaftswachstum ist keine sinnhafte Zielgröße, vielmehr geht es um die klimaschädlichen Emissionen. Des Weiteren wird betont, dass eine Konsumwende zwar sinnvoll sei, dass der Prozess der Veränderung der Konsumgewohnheiten zum einen nur schwer *top down* zu initiieren sei und zum anderen zu lange dauere, um wirksame Beiträge zur Lösung des Klimaproblems leisten zu können.

Die Wachstumskritiker verweisen hingegen darauf, dass ein forcierter, auf dem Einsatz neuer und risikobehafteter Tech-

nologien beruhender Modernisierungsprozess zum einen bei Weitem nicht hinreichend ist, um den Herausforderungen des Klimawandels gerecht zu werden. Er muss insofern als Illusion angesehen werden. Zum anderen stehen völlig neue Risiken ins Haus; letztlich kann der Wachstumsfalle nicht entkommen werden. Entscheidend ist es demnach, die Leitindikatoren für die gesellschaftliche Entwicklung umgehend zu ändern und damit auch die gesellschaftlichen Anreizmechanismen zu verändern. Psychologen argumentieren, dass sich Menschen stark nach dem relativen Status in ihrer Gemeinschaft richten. Damit wird die Frage nach der Einkommensverteilung essentiell. Demnach kann eine solidarische Gesellschaft bereits einen wesentlichen Beitrag zur Entschleunigung und damit zur Klimaentlastung leisten.

Ökonomen in der Klimadebatte

Einen wichtigen Einfluss auf den politischen Handlungsdruck hat der Bericht des englischen Ökonomen Nicholas Stern ausgeübt, der entschiedenes politisches Handeln zur Reduktion der Treibhausgasemissionen gefordert hat. Sterns Argument bzw. Botschaft ist einfach: Wenn wir nichts unternehmen, werden die Kosten der Klimafolgen viel höher sein als der finanzielle Aufwand, der erforderlich ist, um eine *low carbon economy* zu erreichen.

Stern hat die ökonomische Forschung aufgerüttelt, indem er bei der Bestimmung der Klimafolgekosten eine Annahme aus ethischen Gründen anders gesetzt hat als es bis dato üblich war: Er hat behauptet, dass es keinen Grund gibt, Schäden, die in der Zukunft anfallen, geringer zu bewerten, nur weil sie in der Zukunft anfallen. Gleichwohl hat auch Stern nicht auf eine Diskontierung verzichtet.

Manche Ökonomen haben seine Berechnungen angezweifelt, da sie es für ungerechtfertigt halten, ökonomische An-

nahmen durch ethische Überlegungen aufzuweichen. Zuletzt wurde auch Sterns Forderung nach dem Umbau zu einer *low carbon society* angegriffen. Aus der Sicht dieser Ökonomen sei es irrational, Treibhausgasemissionen im Alleingang zu reduzieren, da dies der inländischen Wirtschaft schaden würde. Nach dem Scheitern des Kopenhagener Abkommens sei eine globale Koordination jedoch nicht in Sicht. Also sei es besser, keine Emissionen zu vermeiden und sich stattdessen auf die Anpassung zu konzentrieren.

Doch erstaunlicherweise geht in dieser Debatte eine wichtige Botschaft von Stern unter: Die Kosten des Klimawandels sowie des richtigen Umgangs damit sind alles Fragen, die ohne normative Annahmen nicht beantwortet werden können. Die aus der utilitaristischen Ethik abgeleiteten Behauptungen der neoklassischen Ökonomie beruhen auf einigen ethischen Annahmen, die höchst umstritten sind. Normative Annahmen, die politischen Handlungsempfehlungen zugrunde liegen, bedürfen jedoch einer expliziten kritischen Reflexion und auch gerechtfertigter Variation. Es wäre wünschenswert, wenn die ökonomische Forschung hiervon mehr Gebrauch machen würde.

In der Summe zeigt sich im Hinblick auf die dringenden Handlungsnotwendigkeiten gegen den Klimawandel bereits an den beiden beispielhaft dargestellten Diskursen, dass erhebliche Differenzen bzgl. des einzuschlagenden Weges bestehen. Unabhängig davon, ob der Ausweg in einem beschleunigten Strukturwandel gesehen wird oder in einem Abschied von der Wachstumsgesellschaft, im ökonomischen Diskurs wird zunehmend auf Anpassung fokussiert und die Minderung der Treibhausgase wird als nicht prioritär betrachtet. Wir stehen vor einem entscheidenden Punkt der Diskurse über die Klimapolitiken und -strategien und es geht darum, dass der Klimadiskurs wieder in die Offensive kommt.